

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 057/2010
18.02.2010**

Renate Rastätter: „Anspruch auf inklusive Beschulung muss sofort gewährleistet werden“

Umsetzung der Empfehlungen des Expertenrats nicht auf die lange Bank schieben

Die Grünen im Landtag begrüßen die meisten Forderungen des Expertenrats des Kultusministeriums. Renate Rastätter, die schulpolitische Sprecherin der Grünen: "Eltern mit behinderten Kindern dürfen nicht mehr länger wie lästige Bittsteller behandelt werden, wenn sie einen gemeinsamen Unterricht wünschen. Auch mit dem unwürdigen Hürdenlauf, der oft damit endet, dass der Elternantrag auf Inklusive Beschulung abgelehnt wird, muss jetzt Schluss ein. Wir brauchen keine jahrelangen Schulversuche mehr, denn positive Erfahrungen zum inklusiven Unterricht liegen längst aus anderen Ländern, anderen Bundesländern und sogar aus Baden-Württemberg vor." Die Grünen unterstützen die Forderungen wie die Abschaffung der Sonderschulpflicht, die Einführung des zieldifferenten Unterrichts, die Umwandlung der Sonderschulen in sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren, die Aufnahme sonderpädagogischer Kompetenzen und inklusiver Unterricht in die Lehrerbildung aller Schularten, sowie die Öffnung der Sonderschulen auch für Kinder ohne Behinderungen. Renate Rastätter hält auch den Ansatz des Subsidiaritätsprinzips der Sonderpädagogik für wegweisend: "Dadurch muss abgesichert werden, dass die Eltern, die eine inklusive Beschulung für ihr Kind wünschen, auch an den allgemeinen Schulen ein sonderpädagogisches Angebot in gleicher Qualität und Umfang wie an einer Sonderschule erhalten." Die Grünen fordern, dass die zentralen Forderungen des Expertenrats sofort umgesetzt werden. Die Hauptaufgabe bestehe jetzt darin, konsequente Schritte in ein inklusives Bildungswesen einzuleiten, wie es mit der UN-Behindertenrechtskonvention in Art. 24 gefordert wird. Dass dabei eine schrittweise Umsetzung erfolgen muss, steht außer Frage. Aber Renate Rastätter ergänzt: "Die Eltern behinderter Kinder brauchen jetzt die Rechtssicherheit, dass sie einen Anspruch auf Inklusion haben und nicht erst in ferner Zukunft."